

Grundzüge der Sozialgerichtsbarkeit

Strukturen – Kompetenzen – Verfahren

Von

Dr. Ulrich Wenner

Richter am Bundessozialgericht

Dr. Franz Terdenge

Richter am Bundessozialgericht

Karen Krauß

Richterin am Landessozialgericht

3., neu bearbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.ddb.de abrufbar

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/3 503 08399 5](http://ESV.info/3_503_08399_5)

Es bearbeiteten: Dr. Wenner: 1.1–1.3, 1.5, 2., 3., 4.6, 4.8 Dr. Terdenge: 1.4, 1.6, 4.1–4.3, 4.10 Krauß: 4.4, 4.5, 4.7, 4.9, 4.11
--

3. Auflage 2005

ISBN 3 503 08399 5

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005

www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin

Druck: Strauss, Mörlenbach

Vorwort zur dritten Auflage

Sechs Jahre sind seit dem Erscheinen der völlig neu gestalteten 2. Auflage der 1976 von Bley begründeten „Grundzüge der Sozialgerichtsbarkeit“ vergangen. Das SGG ist vor allem durch das 6. SGG – Änderungsgesetz vom 17. August 2001 und das 7. SGG – Änderungsgesetz vom 9. Dezember 2004 erheblich geändert worden. Die Autoren haben mit der Vorlage der Neuauflage warten müssen, bis das letztgenannte Änderungsgesetz im Bundesgesetzblatt erschienen ist. Dessen wechselvolle Gesetzgebungsgeschichte ist ein Spiegelbild der Auseinandersetzungen, denen die Sozialgerichtsbarkeit im Jahre ihres fünfzigjährigen Bestehens ausgesetzt war. Ohne jede Übertreibung lässt sich feststellen, dass ihre Existenz auf dem Spiel stand. Das ist nicht ohne innere Logik: wer das Sozialversicherungsrecht als den derzeitigen Kernbestand der sozialen Sicherung in Deutschland nur noch als Standortnachteil thematisiert und in der Sozialgerichtsbarkeit den „letzten Hort deutscher Sozialromantik“ sieht, wird für die Abschaffung von beidem plädieren. Die meisten, die dies fordern, haben ihre eigene wirtschaftliche Sicherung gegen die Wechselfälle des Lebens zweckmäßigerweise außerhalb der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung organisiert, und reden auch nicht explizit von Abschaffung, sondern von Fusion, von der Schaffung größerer Einheiten und von Synergieeffekten.

Für sich genommen ist das alles diskutabel, doch ist die Debatte mit dem erkennbaren Ziel geführt worden, den als unerlässlich angesehenen „Umbau“ des Sozialstaates durch einen „Rückbau“ einer eigenständigen und vielfach als störend empfundenen Gerichtsbarkeit abzusichern. Dagegen hat sich im Jahre 2004 die „Sozialrechtsfamilie“ gewehrt: wie in einer richtigen Familie nicht ohne interne Auseinandersetzungen, selbstverständlich verbunden mit mancher kleinen Hakelei und der Artikulation persönlicher Rivalitäten und Animositäten, aber nach außen recht geschlossen und vor allem erfolgreich. So lohnt es aus der Sicht der Autoren, zu Beginn des Jahres 2005, in dem die Sozialgerichtsbarkeit erstmals auch für alle Angelegenheiten der Sozialhilfe zuständig ist, die Grundzüge in aktueller Form erneut den interessierten Lesern zu präsentieren.

Die Zielsetzung ist gegenüber der Voraufgabe unverändert geblieben. Praxisnah und zugleich nicht unkritisch gegenüber der gerichtlichen Praxis soll über das sozialgerichtliche Verfahren informiert werden. Zugleich erfahren die Leser, wie die Sozialgerichtsbarkeit organisiert ist, woher sie geschichtlich kommt, wie sich ihre Kompetenzen gegenüber den anderen Fachgerichtsbarkeiten abgrenzen und wo die aktuellen Probleme der Gerichtsbarkeit verortet sind. Die Autoren sind sämtlich Richter, sie kennen also den inneren Betrieb der Gerichtsbarkeit, bemühen sich aber zugleich, den Blick für die anderen Rollen im

gerichtlichen Verfahren, insbesondere für diejenige der Kläger und ihrer Bevollmächtigten nicht aus dem Auge zu verlieren.

Schließlich ist auf einen Wechsel im Kreis der Autoren hinzuweisen. Dr. Renate Martin hat an der Neuauflage nicht mehr mitgewirkt. Ihre Partien, insbesondere die Kapitel über das Berufungsverfahren, den einstweiligen Rechtsschutz und die Kosten hat Frau Richterin am LSG Berlin Karen Krauß übernommen. Es bleibt dabei, dass jeder Autor die von ihm verfassten Teile alleine verantwortet.

Berlin, Dortmund und Kassel im Januar 2005

Die Verfasser

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rand- nummer
Vorwort zur dritten Auflage	5	
Inhaltsverzeichnis	7	
Abkürzungsverzeichnis	17	
1. Die Sozialgerichtsbarkeit im Gefüge der staatlichen Institutionen.	21	1–114
1.1 Sozialgerichtsbarkeit als Bestandteil der Rechtsprechung i.S.d. Art. 20 Abs. 2 GG	21	1– 24
1.1.1 Staatsfunktion „Rechtsprechung“	21	1– 3
1.1.2 Richterliche Unabhängigkeit nach Art. 97 Abs. 1 GG (1.1.2)	22	4– 5
1.1.3 Richterliche Unabhängigkeit in der sozialgerichtlichen Praxis	24	6– 21
1.1.3.1 Versetzbarkeit von Richter zum Ausgleich von Belastungsunterschieden	24	7
1.1.3.2 Weisungsfreiheit richterlicher Tätigkeit	25	8
1.1.3.3 Auswahl von Sachverständigen	25	9– 10
1.1.3.4 Ort der mündlichen Verhandlung	26	11
1.1.3.5 Durchführung und Gestaltung der mündlichen Verhandlung	27	12– 15
1.1.3.6 Absetzen von verkündeten Urteilen	29	16– 19
1.1.3.7 Bindung an die höchstrichterliche Rechtsprechung	31	19– 20
1.1.3.8 Mediation und richterliche Unabhängigkeit	32	21
1.1.3.9 Modernisierung der Justiz	32	22– 24
1.2 Geschichtliche Entwicklung der Sozialgerichtsbarkeit	34	25– 29
1.2.1 Sozialgerichtsbarkeit und Grundgesetz	34	25
1.2.2 Schiedsgerichte und Spruchkörper der Versicherungsämter	35	26– 28
1.2.3 Gerichtscharakter der Spruchkörper bei den Versicherungsämtern	36	29
1.3 Aufbau und Entwicklung der Sozialgerichtsbarkeit nach 1945	37	30– 35
1.3.1 Gerichte oder Verwaltungsbehörden	37	30
1.3.2 Streit über die Eigenständigkeit der Sozialgerichtsbarkeit	37	31– 32

	Seite	Rand- nummer	
1.3.3	Gewinnung von Berufsrichtern für die „neue“ Sozialgerichtsbarkeit.	39	33
1.3.4	Deutsche Sozialrichterkarrieren und die Umbrüche 1945 und 1989.	39	34– 35
1.4	Sozialgerichtsbarkeit in den neuen Bundesländern	41	36– 45
1.4.1	Sozialrechtsschutz in der ehemaligen DDR	41	36– 40
1.4.2	Übergangsphase	42	41
1.4.3	Situation nach der Wiedervereinigung.	43	42– 44
1.4.4	Besonderheiten für Berlin	44	45
1.5	Sozialgerichtsbarkeit und Verfassungsgerichts- barkeit	44	46– 79
1.5.1	Verfassungsgerichtliche Überprüfung von Gerichtsentscheidungen.	44	46– 65
1.5.1.1	Verfassungsgerichtliche Kontrolle des gericht- lichen Verfahrens	46	49– 54
1.5.1.2	Verfassungsbeschwerde und Normenkontrolle ...	49	55– 61
1.5.1.3	Verfassungsgerichtliche Prüfung der Rechts- anwendung	52	62– 65
1.5.2	Verfassungsgerichtliche Steuerung der sozial- rechtlichen Gestaltung	54	66– 70
1.5.2.1	Verfassungskonforme Auslegung	54	66
1.5.2.2	Verfassungsgerichtliche Anweisungen an den Gesetzgeber.	55	67– 70
1.5.3	Normprüfung durch die Sozialgerichte und Vorlagepflicht nach Art. 100 GG	57	71
1.5.3.1	Richtervorlagen nach Art. 100 GG durch die Sozialgerichte	57	72– 73
1.5.3.2	Anwendung verfassungsrechtlich umstrittener Normen vor verfassungsgerichtlicher Klärung. ...	59	74– 78
1.5.4	Personelle Verflechtung von Verfassungs- und Sozialgerichtsbarkeit.	60	79
1.6	Sozialgerichtsbarkeit und Rechtsprechung im Bereich der EG	61	80–114
1.6.1	Aufbau und Aufgaben des EuGH	61	80– 83
1.6.2	Das Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften.	62	84– 87
1.6.3	Klagearten und Verfahrensgang	63	88– 94
1.6.4	Vorabentscheidungsverfahren	65	95–113

	Seite	Rand- nummer	
1.6.5	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte	71	114
2.	Aufbau und Organisation der Sozialgerichts- barkeit	73	115–146
2.1	Gerichtsaufbau und personelle Struktur der Gerichtsbarkeit	73	115–122
2.1.1	Zahl der Sozialgerichte und der dort tätigen Richter	73	115–118
2.1.2	Berufliches Profil der Richter	74	119–122
2.2	Berufsrichter und ehrenamtliche Richter	77	123–146
2.2.1	Berufsrichter und ehrenamtliche Richter in allen Instanzen	77	123
2.2.2	Bestellung der Berufsrichter	77	124–135
2.2.2.1	Richterernennungen in den Bundesländern	77	124
2.2.2.2	Wahl und Ernennung der Bundesrichter	78	125–131
2.2.2.3	Mitwirkung des Ausschusses der Sozialpartner bei der Richterernennung	81	132–135
2.2.3	Bestellung der ehrenamtlichen Richter	83	136–146
2.2.3.1	Auswahl und Berufung der ehrenamtlichen Richter	83	136
2.2.3.2	Ehrenamtliche Richter in „Angelegenheiten der Sozialversicherung und der Arbeitsförderung“	83	137
2.2.3.3	Ehrenamtliche Richter in Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)	84	138
2.2.3.4	Ehrenamtliche Richter im Versorgungs- und Schwerbehindertenrecht	85	139–140
2.2.3.5	Ehrenamtliche Richter in Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylsbewerberleistungs- gesetzes	86	141
2.2.3.6	Ehrenamtliche Richter im Vertragsarztrecht	87	142–145
2.2.3.7	Abschließende Regelung der Besetzung der Richterbank	89	146
3.	Rechtsprechungsaufgaben der Sozialgerichte ..	91	147–199
3.1	Gesetzliche Kompetenzzuweisungen	91	147–181
3.1.1	Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten als Kern- bereich	91	147–148
3.1.2	Drei öffentlich-rechtliche Fachgerichtsbarkeiten? ..	92	149–163
3.1.2.1	Rechtslage seit dem 1. 1. 2005	92	149–150

	Seite	Rand- nummer	
3.1.2.2	Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit in der politischen Kontroverse.....	92	151–152
3.1.2.3	Fusion der Fachgerichte auf Länderebene?.....	93	153–154
3.1.2.4	Der Kompromiss des 7. SGG – Änderungs- gesetzes	95	155
3.1.2.5	Zustimmungsbedürftigkeit des Gesetzes?.....	95	156–157
3.1.2.6	Zulässigkeit der „besonderen Spruchkörper“ der Verwaltungsgerichte.....	96	158–160
3.1.2.7	Ausgestaltung der „besonderen Spruchkörper“ der Verwaltungsgerichte	99	161–163
3.1.3	Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten in Angelegen- heiten der Sozialversicherung	100	164–165
3.1.4	Angelegenheiten der Rentenversicherung (§ 51 Abs. 1 Nr. 1)	101	166
3.1.5	Angelegenheiten der Kranken- und Pflege- versicherung (§ 51 Abs. 1 Nr. 2).....	102	167–169
3.1.6	Angelegenheiten der Unfallversicherung (§ 51 Abs. 1 Nr. 3)	103	170
3.1.7	Angelegenheiten der Arbeitsförderung ein- schließlich der sonstigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit (§ 51 Abs. 1 Nr. 4).....	103	171–172
3.1.8	Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende (§ 51 Abs. 1 Nr. 4a)	104	173
3.1.9	Sonstige Angelegenheiten der Sozialversicherung (§ 51 Abs. 1 Nr. 5)	104	174
3.1.10	Soziales Entschädigungsrecht	105	175–176
3.1.11	Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asyl- bewerberleistungsgesetzes (§ 51 Abs. 1 Nr. 6a) ...	106	177
3.1.12	Behindertenrecht (§ 51 Abs. 1 Nr. 7).....	107	178
3.1.13	Weitere Zuständigkeiten (§ 51 Abs. 1 Nr. 8–10)...	107	179–181
3.2	Tätigkeitsschwerpunkte innerhalb des Zuständig- keitsbereichs	108	182–185
3.2.1	Gegenwärtige Gewichtung der einzelnen Materien in der Praxis	108	182–183
3.2.2	Künftige Entwicklung der Belastung der Sozial- gerichte.....	109	184–185
3.3	Abgrenzung zu anderen Gerichtsbarkeiten.....	110	186–199

	Seite	Rand- nummer
3.3.1	Öffentlich-rechtliche und bürgerlich-rechtliche Streitigkeiten	110 186
3.3.2	Handeln der Sozialversicherungsträger im allgemeinen Rechtsverkehr.	110 187
3.3.3	Wettbewerbsrelevantes Handeln der Kranken- kassen	111 188–190
3.3.4	Sozialgerichtsbarkeit und Finanzgerichtsbarkeit . .	112 191
3.3.5	Sozialgerichtsbarkeit und Verwaltungsgerichts- barkeit.	113 192–194
3.3.6	Sozialgerichtsbarkeit und Arbeitsgerichtsbarkeit .	114 195–199
3.3.6.1	Schnittstelle Arbeits- und Beschäftigungsver- hältnis	114 196–198
3.3.6.2	Schnittstelle Beendigung des Arbeitsverhält- nisses	115 199
4.	Das sozialgerichtliche Verfahren	117 200–836
4.1	Das Klagesystem	117 200–294
4.1.1	Die isolierten Klagen	117 201–283
4.1.1.1	Vorverfahren	117 201–218
4.1.1.2	Anfechtungsklage	122 219–237
4.1.1.3	Verpflichtungsklage.	127 238–248
4.1.1.4	Untätigkeitsklage.	129 249–257
4.1.1.5	Allgemeine Leistungsklage.	130 258–264
4.1.1.6	Feststellungs- und Fortsetzungsfeststellungsklage	132 265–280
4.1.1.7	Sonstige Klagearten	136 281–283
4.1.2	Die kombinierten Klagen	137 284–294
4.2	Verfahrensbeteiligte und Prozessvertretung.	138 295–351
4.2.1	Beteiligte	138 295–320
4.2.1.1	Beteiligtenfähigkeit	138 295–300
4.2.1.2	Beiladung	140 301–314
4.2.1.3	Streitgenossenschaft und Hauptintervention	145 315–320
4.2.2	Prozessfähigkeit.	147 321–325
4.2.3	Prozessbevollmächtigung	149 326–340
4.2.3.1	Allgemeines	149 326–327
4.2.3.2	Vollmacht	149 328–331
4.2.3.3	Beistände.	151 332
4.2.3.4	Besondere Vertreter	152 333–335
4.2.3.5	Ausschluss von Bevollmächtigten	152 336–340
4.2.4	Prozesskostenhilfe.	154 341–351

	Seite	Rand- nummer
4.3	Zuständigkeit	158 352–385
4.3.1	Rechtsweg	158 352–355
4.3.2	Örtliche Zuständigkeit	160 356–362
4.3.3	Sachliche Zuständigkeit	162 363–367
4.3.4	Instanzielle Zuständigkeit	163 368–380
4.3.5	Verweisung	168 381–385
4.4	Der Ablauf des Verfahrens in den Tatsachen- instanzen	170 386–646
4.4.1	Die Verfahrensprinzipien	170 386–438
4.4.1.1	Das rechtliche Gehör	170 386–411
4.4.1.1.1	Das rechtliche Gehör im vorbereitenden Verfahren	172 393–400
4.4.1.1.2	Das rechtliche Gehör in der mündlichen Ver- handlung	175 401–404
4.4.1.1.3	Das rechtliche Gehör bei der Urteilsfindung	176 405–411
4.4.1.2	Der Grundsatz des fairen Verfahrens	178 412–414
4.4.1.3	Das Amtsermittlungsprinzip	179 415–426
4.4.1.4	Die Dispositionsmaxime	184 427–430
4.4.1.5	Das Mündlichkeitsprinzip	185 431–432
4.4.1.6	Der Beschleunigungsgrundsatz	186 433–438
4.4.2	Allgemeines	188 439–477
4.4.2.1	Bekanntgabe der Mitteilungen des Gerichts	188 439–443
4.4.2.2	Fristen	190 444–466
4.4.2.2.1	Gesetzliche Fristen	190 444–446
4.4.2.2.2	Richterliche Fristen	192 447–450
4.4.2.2.3	Berechnung von Fristen	192 451–454
4.4.2.2.4	Fristverlängerung bei fehlerhafter Rechtsbehelfs- belehrung	194 455–458
4.4.2.2.5	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	195 459–466
4.4.2.3	Ausschluss und Ablehnung von Gerichtspersonen	197 467–476
4.4.2.4	Gerichtssprache	200 477
4.4.3	Die Einleitung des Verfahrens	201 478–483
4.4.3.1	Die Klageerhebung	201 478–481
4.4.3.2	Form und Frist der Klage	202 482–483
4.4.4	Der Gegenstand des Verfahrens	202 484–509
4.4.4.1	Grundlagen	202 484–488
4.4.4.2	Die Klageänderung	204 489–500
4.4.4.3	Weitere Bescheide nach Klageerhebung	207 501–509

	Seite	Rand- nummer
4.4.5	Das vorbereitende Verfahren	211 510–518
4.4.5.1	Maßnahmen im vorbereitenden Verfahren	211 510–511
4.4.5.2	Verfahrensgestaltende Zwischenentscheidungen . .	211 512–518
4.4.6	Die Beweisaufnahme	213 519–558
4.4.6.1	Grundlagen	213 519–527
4.4.6.2	Sachverständige	216 528–541
4.4.6.3	Zeugen	222 542–547
4.4.6.4	Urkunden	224 548–549
4.4.6.5	Augenschein	225 550
4.4.6.6	Die Wertung der Beweismittel	225 551–555
4.4.6.7	Eine Besonderheit: Das selbstständige Beweis- verfahren	227 556–558
4.4.7	Die mündliche Verhandlung	227 559–586
4.4.7.1	Die Ladung	227 560–569
4.4.7.2	Der Ablauf der mündlichen Verhandlung	230 570–575
4.4.7.3	Die Sitzungsniederschrift	232 576–582
4.4.7.4	Beratung und Abstimmung	233 583–586
4.4.8	Die Beendigung des Verfahrens	234 587–623
4.4.8.1	Die unstreitige Beendigung des Verfahrens	234 587–604
4.4.8.1.1	Vergleich	234 587–593
4.4.8.1.2	Das angenommene Anerkenntnis	237 594–595
4.4.8.1.3	Die Rücknahme der Klage	238 596/599
4.4.8.1.4	Die Erledigungserklärung	239 600–604
4.4.8.2	Die Beendigung des Verfahrens durch Urteil und Gerichtsbescheid	240 605–621
4.4.8.2.1	Die Voraussetzungen von Urteil und Gerichts- bescheid	240 605–610
4.4.8.2.2	Urteilsgrundlagen	242 611–612
4.4.8.2.3	Inhalt des Urteils	243 613–615
4.4.8.2.4	Arten des Urteils	244 616–623
4.4.9	Die Kosten	247 624–646
4.4.9.1	Die Systematik des Kostenrechts nach dem SGG	247 624–638
4.4.9.2	Der Inhalt der Kostenentscheidung	252 639–646
4.5	Das Berufungsverfahren	254 647–684
4.5.1	Die Zulässigkeit der Berufung	254 647–658
4.5.1.1	Die Statthaftigkeit der Berufung	254 647–654
4.5.1.2	Die Berufungsfrist	256 655–656
4.5.1.3	Form und Inhalt der Berufungsschrift	257 657–658

	Seite	Rand- nummer
4.5.2	Die Begründetheit der Berufung	257 659–661
4.5.3	Die Anschlussberufung	259 662–664
4.5.4	Besonderheiten des vorbereitenden Verfahrens im Berufungsverfahren.	260 665–673
4.5.4.1	Die Aufgabenverteilung zwischen Bericht- erstattnern und Vorsitzenden	260 665–672
4.5.4.2	Erneute Beweisaufnahme.	262 673
4.5.5	Die Beendigung des Berufungsverfahrens.	263 674–684
4.5.5.1	Die Beendigung des Berufungsverfahrens ohne Urteil	263 674
4.5.5.2	Die Beendigung des Verfahrens durch Berufungs- urteil und Beschluss	263 675–684
4.5.5.2.1	Die Bezugnahme auf das erstinstanzliche Urteil ..	263 675–676
4.5.5.2.2	Die Zurückverweisung.	264 677–678
4.5.5.2.3	Die Beendigung des Verfahrens durch Beschluss..	265 679–683
4.5.5.2.4	Die Kostenentscheidung	266 684
4.6	Revisionsverfahren	267 685–727
4.6.1	Grundstruktur und Funktion des Revisions- verfahrens	267 685–691
4.6.1.1	Funktion der Revision wegen eines Verfahrens- fehlers.	268 688–690
4.6.1.2	Entlastung des Bundesverfassungsgerichts	270 691
4.6.2	Voraussetzungen der Zulassung der Revision	270 692–700
4.6.2.1	Grundsätzliche Bedeutung	270 692–695
4.6.2.2	Divergenz	273 697–699
4.6.2.3	Verfahrensfehler	274 700
4.6.3	Entscheidung über die Zulassung der Revision . . .	275 701–707
4.6.3.1	Revisionszulassung durch das LSG	275 701
4.6.3.2	Sprungrevision	275 702–703
4.6.3.3	Kriterien für die Durchführung der Sprung- revision.	276 704–705
4.6.3.4	Richter und Verfahrensbeteiligte im Verfahren der Zulassung der Sprungrevision	277 706–707
4.6.4	Revision als Kontrolle der Rechtsanwendung	278 708
4.6.5	Einlegung und Begründung der Revision	279 709–715
4.6.5.1	Vertretungszwang vor dem Revisionsgericht	279 709–710
4.6.5.2	Vertretungsberechtigte Personen	280 711–712
4.6.5.3	Äußerungsrechte der Beteiligten im Revisions- verfahren	280 713–714

	Seite	Rand- nummer
4.6.5.4	Formelle Anforderungen an Einlegung und Begründung der Revision	281 715
4.6.6	Verletzung von Bundesrecht	282 716–718
4.6.6.1	Revisibles Bundesrecht	282 716
4.6.6.2	Landesrechtliche Besonderheiten	283 717
4.6.6.3	Revisibilität untergesetzlicher Rechtsnormen	283 718
4.6.7	Entscheidung des Revisionsgerichts	284 719–724
4.6.7.1	Verwerfung der unzulässigen Revision	284 719
4.6.7.2	Entscheidung über die zulässige Revision	284 720–721
4.6.7.3	Zurückverweisung des Rechtsstreits	285 722
4.6.7.4	Zurückverweisung als Ausdruck von Kritik unter Richtern?	286 723
4.6.7.5	Bindung des LSG nach Zurückverweisung	286 724
4.6.8	Mündliche Verhandlung vor dem Revisions- gericht	287 725–727
4.7	Beschwerde, Erinnerung und Anhörungsrüge	288 728–744
4.7.1	Die Beschwerde	288 728–737
4.7.2	Die Erinnerung	291 738–740
4.7.3	Die Anhörungsrüge	292 741–744
4.8	Nichtzulassungsbeschwerden	293 745–766
4.8.1	Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision	293 745–760
4.8.1.1	Gesetzliche Ausgestaltung des Beschwerde- verfahrens	293 746
4.8.1.2	Entscheidung über die Beschwerde	294 747–749
4.8.1.3	Rechtsfolgen der Zulassung der Revision	295 750
4.8.1.4	Kostenentscheidung im Beschwerdeverfahren	295 751
4.8.1.5	Erfolg der Nichtzulassungsbeschwerde trotz Erfolglosigkeit in der Hauptsache?	296 752–753
4.8.1.6	Verwerfung als regelmäßiges Schicksal der Beschwerde?	297 754
4.8.1.7	Hohe Anforderungen an die Begründung einer Nichtzulassungsbeschwerde	298 755–756
4.8.1.8	Einfluss der Zulässigkeit der Beschwerde auf die Besetzung der Richterbank	299 757–758
4.8.1.9	Nichtzulassungsbeschwerde und Verfassungs- beschwerde	300 760
4.8.2	Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Berufung	301 761–766

	Seite	Rand- nummer
4.8.2.1	Unterschiede zur Revisionsnichtzulassungs- beschwerde	301 762
4.8.2.2	Unklarheiten über die Zulassungsbedürftigkeit der Berufung	302 763–764
4.8.2.3	Entscheidung des LSG	303 765
4.8.2.4	Fortsetzung des Beschwerdeverfahrens als Berufungsverfahren	304 766
4.9	Der einstweilige Rechtsschutz	304 767–795
4.9.1	Einstweiliger Rechtsschutz bei belastenden Verwaltungsakten	305 769–790
4.9.1.1	Grundsatz der aufschiebenden Wirkung	305 769–774
4.9.1.2	Ausschluss der aufschiebenden Wirkung	308 775–783
4.9.1.2.1	Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch Gesetz	308 776–782
4.9.1.2.2	Anordnung der sofortigen Vollziehung durch die Behörde	310 783
4.9.1.3	Die Aussetzung der Vollziehung durch die Behörde	311 784
4.9.1.4	Einstweiliger Rechtsschutz durch das Gericht in Anfechtungssachen	312 785–790
4.9.2	Einstweiliger Rechtsschutz in Vornahmesachen	315 791–795
4.10	Wiederaufnahmeverfahren	317 796–819
4.10.1	Zulässigkeitsvoraussetzungen	317 796–813
4.10.1.1	Zulässigkeit gemäß ZPO	318 799–808
4.10.1.2	Zulässigkeit gemäß § 179 Abs. 2	322 809
4.10.1.3	Weitere Zulässigkeit gemäß § 180	322 810–813
4.10.2	Das Verfahren der Wiederaufnahme	323 814–817
4.10.3	Neue Verhandlung	325 818
4.10.4	Gegenvorstellung	325 819
4.11	Vollstreckung	326 820–836
	Literaturverzeichnis	331
	Stichwortverzeichnis	337